Freitag, 14. Dezember 1928 - 76. Jahrgang Nr. 590

Berliner

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mit „Ulk" 10 Pfennig

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,50 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages. Anzeigen-Preis: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen das Wort 10 Pfennig; das fettgedruckte Wort 20 Pfennig. Haupt-Expedition: SW. 19, Rudolf Mosse-Haus. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 940 bis 947; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Badstr. 61, Blücherstr. 69, Franzstr. 1, Potsdamer 8, Frankfurter Allee 286 u. 346, Greifswalder Straße 197, Grosse Frankfurter Straße 99, Kochhannstrasse 8, Königstr. 19, Köpenicker Strasse 67-68, Moritzpl. 12, Müllerstrasse 135, Potsdamer Strasse 33, Rathenower Strasse 3, Rheinsberger Strasse 79, Rosenthaler Strasse 48, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 61, Weimarer Strasse 1-6, Zimmerstrasse 50, Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Carlstr. 54, Nürnberger Str. 25-26, Schlüterstrasse 38, Tauentzienstrasse 6, Cöpenick: Schloßstr. 1, Friedenau: Rheinstrasse 19, Halensee-Grunewald: Hasenheide, Lichtenberg: Frankf. Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermann-Str. 89-94, Kaiser-Friedrich-Str. 245, Niederschöneweide: Brückenstr. 29-32, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 8, Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 8, Spandau: Breite Str. 47, Steglitz: Schloß-Str. 32, Tegel: Berliner Str. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Grottkauer Str. 6, Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz), Wilmersdorf: Kaiserplatz 11, Charlottenburger Str. 86, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 5, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 6a, Potsdam: Brandenburger Str. 29, Stettin: Mönchenstr. 31.

Chefredakteur: Otto Nuschke. — Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
BERLIN SEHR UNSICHER

Konferenz der Drei in Lugano – Flaggenvorlage angenommen – Demonstrationen verboten

Keine Uebertreibungen!

Von

Dr. Adolf Roeder

Wenn man sich auch allmählich an Uebertreibungen bei der Schilderung wirtschaftlicher Ereignisse gewöhnt hat, so erscheint es doch angebracht, die überhand nehmende Flaumacherei der Interessenten hin und wieder auf das zulässige Mass zurückzuschrauben. Besonders bewegliche Klagen werden über die verzweifelte Lage der deutschen Landwirtschaft laut, deren völliger Zusammenbruch angeblich in greifbare Nähe gerückt ist. Selbstverständlich werden durch solche Behauptungen weiteste Kreise beunruhigt, und es ist erfreulich, dass gerade in diesem Augenblick die Preussische Zentralgenossenschaftskasse mit einer Untersuchung der Lage der landwirtschaftlichen Grossbetriebe in den östlichen Landesteilen an die Oeffentlichkeit tritt, in der auf Grund eines umfangreichen Zahlenmaterials ein einwandfreies Bild gegeben wird. Dabei zeigt sich sofort, dass von einer Allgemeinkrise in der Landwirtschaft überhaupt nicht die Rede sein kann, sondern nur von örtlich scharf umrissenen Krisenherden. Als Gründe der Unrentabilität der Betriebe werden in der überwiegenden Zahl der Fälle ungeeignete Betriebsorganisationen und übersteigerter Zinsendienst angegeben, der vorwiegend aus Fehlinvestitionen entstanden ist. Man erfährt, dass bei den gering verschuldeten Betrieben im allgemeinen die Verschuldung nicht zugenommen, ja vielfach eine Entschuldung begonnen hat. Diese Betriebe gehen einer grösseren Krisenfestigkeit und Gesundung entgegen und befinden sich trotz der gegenteiligen Behauptung interessierter Kreise auf dem Wege zur Konsolidierung. Am besten ist die Lage der Landwirtschaft in Brandenburg, offenbar wegen der Nähe des grossen Verbrauchszentrums Berlin. Etwas ungünstiger stellt sie sich in Niederschlesien dar, während sie bei den Pachtbetrieben in Oberschlesien nicht ungünstig zu sein scheint. Verhältnismässig befriedigend ist sie auch in Mecklenburg und in Schleswig-Holstein, während die eigentlichen Krisenherde in Pommern, Ostpreussen und in der Grenzmark zu suchen sind. Die Preussenkasse schlägt, entsprechend einer schon vor längerer Zeit gemachten Ankündigung, die Einrichtung einer Aufnahmeorganisation vor. Dabei bleibt freilich zunächst noch die Frage offen, zu welchem Preis das Land aufgenommen werden soll, und was mit dem aufgenommenen Lande geschehen soll. Vielleicht ergibt sich hier die Möglichkeit, das Siedlungsproblem einen kräftigen Schritt vorwärts zu bringen, indem man die heute nicht lebensfähigen Betriebe Bauernsöhnen und Landarbeitern zu Preisen zur Verfügung stellt, die ihnen eine Existenz sichern.

Es war zu erwarten, dass nach Wiederaufnahme der Arbeit in der Eisenindustrie noch einmal Abrechnung mit den Arbeitern gehalten werden würde. Sie verfolgte besonders im Bericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats für 1927/28 und in der Generalversammlung der Klöckner-Werke, in der Geheimrat Peter Klöckner als Ankläger auftrat. Auch hier war zu beobachten, dass Uebertreibungen das Bild trübten. Ueber die ausserordentliche Steigerung der Leistungen im Ruhrkohlenbergbau geht der Bericht des Syndikats schnell hinweg. Um so nötiger ist es, in der Oeffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, wie stark die Steinkohlenförderung in den letzten Jahren gestiegen ist. Sie betrug 1924 119 Millionen Tonnen, 1925 133 Millionen Tonnen, 1926 145 Millionen Tonnen und 1927 sogar rund 154 Millionen Tonnen. Von der Gesamtförderung Deutschlands entfielen 1927 118 Millionen Tonnen oder 77 Prozent auf das Ruhrrevier. Man sieht aus diesen Zahlen, wie gross die Rückwirkungen des Streiks im englischen Bergbau vom Jahre 1926 auf die deutsche Kohlenproduktion waren. Natürlich lässt das Ruhrsyndikat diese Zahlen nicht voll wirken, sondern schränkt ihre Bedeutung durch die Erklärung ein, dass man für das Jahr 1927 nur von einer Mengenkonjunktur bei gleichzeitiger Selbstkostenkrise sprechen könne. Die Berichterstatter sind ausserdem der Auffassung, dass einseitig sozialpolitische Forderungen ohne Rücksicht auf die Wirtschaft erfüllt wurden. Dass die Gesellschaften trotzdem vielfach günstige finanzielle Ergebnisse ausgewiesen haben, wird bescheiden verschwiegen.

Auch Geheimrat Klöckner beklagte sich über die grossen Ausgaben für soziale Lasten und über die durch Streiks entstandenen Ausfälle. Sein Wunsch geht dahin, dass ein bedeutend besseres Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern herbeigeführt wird, bei dem die Arbeitnehmer auch auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe Rücksicht nehmen. Dass an dem schlechten Verhältnis zwischen beiden Parteien auch die Arbeitgeber nicht ganz schuldlos sind, deutete er nicht an, obwohl gerade die Aussperrung in der Eisenindustrie und ihre Begleiterscheinungen die Schuld der Arbeitgeber deutlich genug haben hervortreten lassen. Im übrigen musste er feststellen, dass sich bei der Gesellschaft die Aussperrung auf den Absatz in Eisen kaum bemerkbar gemacht hat. Um so stärker war sie für die Arbeiter fühlbar. Aus einer Veröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung kann man erkennen, dass der Kaufkraftausfall durch die Aussperrung in der nordwestdeutschen Metallindustrie auf 45 bis 50 Millionen Mark im Monat November zu schätzen ist. Dieser Ausfall trifft den einzelnen sehr stark, und er spielt auch für Geschäfte aller Art eine grosse Rolle, da sich der Kaufkraftentzug auf ein verhältnismässig enges Wirtschaftsgebiet beschränkt hat, in dem die Arbeiter den ausschlaggebenden Teil der Käufer bilden. Dass die Grossindustrie und besonders der Kohlenbergbau die Lohnerhöhungen immer wieder zu tragen wissen, hat man schon oft erlebt. Sie sind um neue Preiserhöhungen nie verlegen. Ein Antrag auf Preiserhöhung ist jetzt wieder vom ostelbischen Braunkohlensyndikat gestellt worden, nachdem der Reichswirtschaftsminister vor zwei Monaten eine Preissteigerung abgelehnt hatte. Damals sollte der Preis um 60 Pfg. pro Tonne Briketts hinaufgesetzt werden, während jetzt nur eine Steigerung um 10 Pfg. verlangt wird. Auch wenn diese Forderung sehr bescheiden klingt, lässt sie sich so lange nicht befürworten, als das Syndikat noch nicht alles zur rationelleren Gestaltung seiner Organisation unternommen hat.

Von Uebertreibungen muss man auch sprechen unter dem Eindruck der Vorgänge in der Generalversammlung der Tempelhofer Feld Akt.-Ges. für Grundstücksverwertung. Die Aktionäre dieses Unternehmens sind mit Recht darüber enttäuscht, dass sie wieder keine Dividende erhalten. Es wurde nur ein Reingewinn von 180 000 Mark erzielt, aber von einem Aktionär in der Versammlung vorgerechnet, dass 240 000 Mark hätten ausgewiesen werden müssen. Kommerzienrat Haberland glaubte, ihm Auskünfte verweigern zu dürfen, da er im Interesse eines Mietervereins angeblich eine Schmälerung der Rente der Gesellschaft versuche. Immerhin ist nicht einzusehen, warum Mieter als Aktionäre in der Generalversammlung keine Auskunft verlangen dürfen. Kommerzienrat Haberland glaubte, seinen Publizitätspflichten genügt zu haben, als er den Aktionären mit einem Gedicht aufwartete, das anscheinend ein Produkt seiner wenigen Mussestunden ist. Auch wenn die Verse besser wären, könnten sie eine sachliche Auskunft nicht ersetzen.

Aus der Kirche ins Konferenzzimmer

Die Besprechung der Drei in Lugano — Chamberlain ist hoffnungsvoll — Englands Wunsch nach baldiger Räumung

LUGANO, 13. Dezember.

Heute nachmittag ist nach dem Frühstück, das Briand in seinem Hotel den Ratsmitgliedern gab, die Aussprache zu Dreien zustandegekommen. Nach dem Essen besichtigten sämtliche Ratsvertreter zunächst die Kirche Santa Maria degli Angioli. Danach begaben sich Briand, Stresemann und Chamberlain ins Hotel Splendide, und hatten im Salon Briands eine Unterredung, an der als Dolmetscher Professor Hesnard und Dr. Schmidt teilnahmen. Die Aussprache dauerte über eine Stunde. Kurz nach 5 Uhr kehrte Stresemann ins Hotel Palace zurück. Bei dieser Aussprache ist das, was bisher von den Teilnehmern in ihren Besprechungen zu Zweien behandelt wurde, gemeinsam durchgesprochen und auf diese Weise gewissermassen die erste Bilanz von Lugano aufgestellt worden.

Die Aussprache ist damit in ihr entscheidendes Stadium getreten, und es spielt sich ein Kampf der Meinungen ab, von dessen Ernst und grundsätzlicher Bedeutung die drei Beteiligten durchdrungen sind. Die Gespräche zu Dreien sollen fortgesetzt werden. Es ist noch ungewiss, ob Aussicht auf eine Verständigung besteht, und solange nicht ein gewisser Abschluss erreicht ist, werden die Teilnehmer auch weiterhin Zurückhaltung bewahren.

LUGANO, 13. Dezember. (W. T. B.)

Bei einem Empfang der englischen Presse führte Chamberlain über die Einzelbesprechungen der letzten Tage aus, sie seien für die Beseitigung entstandener Missverständnisse nutzbringend gewesen und hätten so die sehr zweckdienliche heutige Besprechung zu dreien vorbereitet. Die in Locarno eingeleitete Politik der Befriedung werde fortgesetzt, und er glaube,

dass die deutsche Delegation, die sehr pessimistisch nach Lugano gekommen sei, weniger pessimistisch nach Berlin zurückkehren werde.

Neue Entscheidungen irgendwelcher Art seien bei den gegenwärtigen Unterhaltungen über die Genfer Beschlüsse vom September nicht zu treffen.

Hugenberg richtet sich seinen Parteiladen ein

Ueber die Beschlüsse der deutschnationalen Parteivertretung werden nunmehr weitere Einzelheiten bekannt. Es ist beschlossen worden, die Einrichtung der Parteileitung und des politischen Beauftragten der Partei zu beseitigen und die Bestellung des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes dem Parteivorsitzenden, Abgeordneten Hugenberg, zu überlassen. Herr Hugenberg hat alsbald den seither bei dem Reichslandbund beschäftigten Major a. D. Nagel als geschäftsführendes Vorstandsmitglied berufen. Nagel wird auch die Funktion des bisherigen politisch Beauftragten übernehmen. Als Vertreter werden ihm zur Seite gegeben der bisherige politisch Beauftragte von Jacobi und der aus dem Prozess gegen Dr. Stresemann bekannte Dr. Weiss, der bisherige Hauptgeschäftsführer.